

Pinatubo

Zu verheerenden Verwüstungen hat der Ausbruch des Vulkans Pinatubo auf der philippinischen Hauptinsel Luzon geführt. Auf fast 550 Millionen US-Dollar hat die Regierung Aquino die Schäden der Naturkatastrophe im Juni beziffert, aber die Verwüstungen gehen weiter. Mehrere Hunderttausend Menschen haben durch den Ausbruch des Vulkans ihre Häuser verloren. Die Flüchtlingswelle aus den Provinzen Zambales, Pangasinan, Bataan und Tarlac bewegte sich in Richtung Manila.

Viele der Menschen haben keine Existenzgrundlage mehr, da ihre Felder verwüstet, und Häuser zerstört sind. Sie werden, so befürchtet die Regierung, die Arbeitslosenrate, die derzeit bei etwa 15,1 Prozent liegt, weiter nach oben schnellen lassen. Viele der Gebiete um den Vulkan liegen unter einer dicken Staubschicht, die alles Leben unter sich erstickt. Noch mehrere Wochen nach dem ersten Ausbruch am 15. Juni regneten Staubwolken nieder. Mehr als 27 000 Hektar Reis, Getreide und Zuckerrübenbauflächen sollen nach Angaben des

Landwirtschaftsministeriums vernichtet worden sein. Dazu kommen Gemüseanbauflächen, Fischteiche und Viehweiden.

Besonders hart traf der Ausbruch des Vulkans das Volk der Aeta, einer negriden Volksgruppe. Die Hänge des Pinatubo waren eines ihrer letzten Rückzugsgebiete. Die Gesellschaft für bedrohte Völker hat nun Alarm geschlagen. Teilweise würden die Negritos unter menschenunwürdigen Verhältnissen in Lagern zusammengepfercht. Der deutsche Physik-Dozent Hartmut Heller, Regionalbeauftragter

der Gesellschaft für bedrohte Völker, hofft nun, die Reste des Volkes auf der westlich gelegenen Insel Palawan ansiedeln zu können. Bei dem Versuch 60 Aetas von Tarlac nach Puerto Princesa auf Palawan zu bringen, wurde Heller zusammen mit einem befreundeten Journalisten Mitte Juli festgenommen. Bereits Anfang Juli war es Heller gelungen, mehr als hundert Aetas nach Palawan zu bringen.

vgl. DG 3.,5.,8., 11.7., PDI 2.,10.,14.7., FR 25.7. FEER 4.7.,18.7., 25.7.91

Basen

Endgültig zu Ende gegangen ist nun die Geschichte des amerikanischen Luftwaffenstützpunktes Clark Air Base auf der philippinischen Hauptinsel Luzon. Nach Angaben des Sprechers der amerikanischen Verhandlungskommission, Stanley Schrager, werde Clark spätestens am 16. September 1992 geräumt. Den USA war die Entscheidung um so leichter gefallen, da der Flughafen durch den Ausbruch des Vulkans Pinatubo auf das schwerste beschädigt wurde.

Ein Teil der von den Inseln abgezogenen Truppen soll nach Aussagen von US-Militärs nach Guam verlegt werden.

Nur für den Marinestützpunkt Subic Bay wurde ein neues Abkommen zwischen den USA und der philippinischen Regierung über 10 Jahre für jährlich 203 Mio. US\$ geschlossen. Am 16. September hat der 23köpfige Senat jedoch in dritter Lesung das Abkommen über Subic Bay mit 12 zu 11 Stimmen abgelehnt. Laut philippinischer Verfassung muß ein Vertrag, der die

Außenbeziehungen der Inseln betrifft, vom Senat mit einer Zweidrittelmehrheit ratifiziert werden. Die Nationalisten im Senat argumentierten, daß durch ausländische Stützpunkte und amerikanische Truppen auf philippinischem Territorium die Souveränität des Landes verletzt werde. Teils haben sich Senatoren wegen zu geringer Pacht gegen die Erneuerung des Stützpunktvertrags entschieden. Präsidentin Aquino hat auf einer landesweiten Demonstration eine Volksabstimmung über die Verlän-

gerung der Verträge für Dezember angekündigt. Nach Umfragen sprechen sich 60 % der Bevölkerung vor allem aus wirtschaftlichen Gründen für die Verlängerung der Verträge aus. Das US State Department hat mitgeteilt, daß man das Referendum im Dezember abwarten werde, nicht jedoch die Wahlen zu einem neuen Senat und Repräsentantenhaus, die im Mai 92 zusammen mit den Präsidentschaftswahlen stattfinden.

vgl. FR 18.7., SZ 20.7., FEER 18.7., 1.8.91

Neues Wahlgesetz

Präsidentin Corazon Aquino hat am 20. Juni ein neues Wahlgesetz unterzeichnet (RA 7056). Darin wird festgeschrieben, daß die Wahlen zum Amt des Präsidenten und Vizepräsidenten am 11. Mai 1992 stattfinden sollen. Am gleichen Tag werden auch Senatoren und Abgeordnete gewählt. Gut ein halbes Jahr später, am 9. November, wurden Wahlen auf lokaler Ebene angesetzt.

Wie bisher soll die Amtszeit

von Präsident und Vizepräsident jeweils sechs Jahre dauern. Die zwölf Senatoren mit dem besten Wahlergebnis sollen zwölf Jahre, die folgenden zwölf Senatoren sechs Jahre im Amt bleiben. Abgeordneten auf nationaler und lokaler Ebene soll eine Amtszeit von drei Jahren zugestanden werden.

Widerstand gegen des Gesetz hat die League of Governors of the Philippines and House Representatives angekündigt, die vom Gouverneur in Cebu, Emilio Osmena, an-

geführt wird. Das Gesetz soll nun vom Supreme Court auf seine Vereinbarkeit mit der Verfassung geprüft werden. Durch das Gesetz werde die Amtszeit der Abgeordneten von drei Jahren auf zwei Jahre und sieben Monate verkürzt. Zudem würde den Kandidaten für das Amt des Präsidenten und des Vizepräsidenten die Möglichkeit gegeben, 120 Tage Wahlkampf zu führen, obwohl von der Verfassung nur 90 Tage erlaubt würden, argumentiert Osmena.

Nach dem jetzigen Stand

der Dinge wird erwartet, daß das höchste Gericht der Klage Recht geben wird.

Die Moro National Liberation Front (MNLF) hat den Boykott der Präsidentschaftswahlen angekündigt. Zudem kündigte ein Sprecher des Mindanao Central Committee der MNLF erneut Widerstand gegen die Zentralregierung an, falls Manila weiterhin die Notlage der Muslimen Bevölkerungsgruppen im Süden ignorieren würde.

vgl. PDI 16.5.,21.6., DG 18.,21.,26.,29.6., FEER 15.8.91

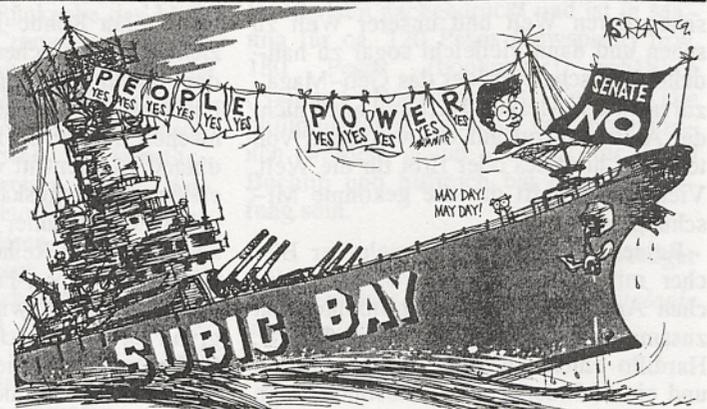
Armutgrenze erhöht

Die National Economic and Development Authority (NEDA) hat die Einkommensgrenzen, ab denen von Armut gesprochen wird, erhöht. Demnach benötigt eine sechsköpfige Familie in Metro Manila monatlich mindestens 5821 Peso (ca. 350 DM) um die Grundbedürfnisse an Nahrung, Kleidung, Wohnung, Bildung und medizinischer Versorgung zu decken. In den übrigen

Landesteilen wurde der Satz auf 3864 Peso (ca. 250 DM) festgelegt.

Als Konsequenz aus diesen Zahlen hat die Regierung auch die gesetzlich geforderten Mindestlöhne angepaßt. Der Mindestlohn pro Tag für einen nicht in der Landwirtschaft Beschäftigten soll in Manila 127,84 Peso (ca. 8,50 DM), im Rest des Landes 107,25 Peso (ca. 7 DM) betragen.

vgl. PDI 24.6.91



aus: FEER v. 19.9.91, S. 11

NGO übernehmen die Führungsrolle im philippinischen Entwicklungsprozess

Mehr als 18000 "Non Governmental Organizations" gibt es in den Philippinen, und gut 2000 von ihnen engagieren sich in der Entwicklungsarbeit. Ein kanadischer Botschafts-angestellter hat die NGOs der Inseln als die bestfunktionierenden der Welt beschrieben. Die Philippinen erhalten pro Jahr etwa 17,6 Millionen US-Dollar an Entwicklungshilfe aus Kanada. Davon gehen etwa 35 Prozent direkt an die verschiedenen NGOs.

Ein Faktor des internationalen Ansehens der philippinischen NGOs ist ihre Bandbreite und die Zusammenarbeit mit kirchlichen und sozialen Bewegungen.

Die ältesten NGOs der Inseln entstanden bereits kurz nach dem Zweiten Weltkrieg. Während des Kriegsrechts unter Marcos bildeten die

NGOs ihre jetzige Struktur heraus. Gewerkschaften, Bauernverbände oder Frauengruppen begannen intensiv mit den NGOs zusammenzuarbeiten. Die Organisationen konnten auf legalem Wege Hilfe anbieten, die die Regierung verweigerte, und das nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch in Bezug auf Organisation und technische Hilfe.

Obwohl sich einige NGOs inzwischen zu nationalen Verbänden zusammengeschlossen haben, bleiben ihre Verankerung auf der Ebene von Siedlungen und Dörfern. Das Festhalten an den "village roots" ist ein weiterer Grund für die Stärke der Organisationen.

Dies hat auch die Regierung erkannt. 1990 hat Corazon Aquino die "Kabising" oder

"Linking Armes Movement" ins Leben gerufen, um eine Verbindung zwischen der Regierung, dem lokalen Verwaltungsapparat und den NGOs herzustellen. Zunächst wurde die "Kabising" mißtrauisch beäugt, da von vielen vermutet wurde, daß es ein Trick Aquinos sein könnte.

Unabhängig von den Vorbehalten brachte diese Entwicklung jedoch viele Vorteile für die Organisationen. NGO-Mitarbeiter wurden von Ministerien zu den Beratungen hinzugezogen. Humanitäre Hilfe aus dem Ausland wurde von der Regierung direkt an die NGOs weitergeleitet.

Trotz der von den Organisationen propagandierten Unabhängigkeit sind die NGOs stets abhängig von Geldgebern aus Europa, Amerika und Japan. Aus diesem Grund wurden Organisationsstrukturen entworfen, um mit ausländischen Regierungen besser verhan-

delt zu können. Zehn "Networks" dieser Art gibt es bereits auf den Inseln. Sie bieten die Kontinuität, die von den Entwicklungshilfegebern stets gefordert wird. Und dies ist ein weiterer Punkt, der die NGOs zu echten Partnern in der Entwicklungsarbeit macht.

Es wird zwar auch in den Philippinen bezweifelt, daß die NGOs neben der humanitären Hilfe und der wirtschaftlichen wie sozialen Aufbauarbeit viel für eine demokratische Entwicklung tun können, aber sie sind ein Lichtschimmer am Horizont. Sie bieten die Möglichkeit für die Bevölkerung, sich auf kleinster Ebene solidarisch zu organisieren und sich dabei gleichzeitig nach außen hin zu repräsentieren. Die Gesellschaft könnte so von unten sowohl politisch wie auch ökonomisch neu aufgebaut werden.

vgl. FEER 8.8.91

Korrupte Kandidaten für die Präsidentenschaftswahlen

Sieben der elf bekannten Kandidaten für die Präsidentenschaftswahlen 1992 sollen nach Meldungen des Philippine Daily Inquirer mit Bestechung und Korruption in Zusammenhang gebracht worden sein. Die Politiker seien entweder bereits einmal unter diesem Verdacht gerichtlich vorgeladen worden, oder die Vorladung würde vorbereitet. Die Philippinische Zeitung nennt dabei folgende Namen: Oscar Orbos, Jovito Salonga, Fidel Ramos, Marcelo Fernan, Miriam Defensor-Santiago, Juan Ponce Enrile sowie Eduardo Cojuangco jr.

Bis jetzt seien nur Salvador Laurel, Josef Estrada, Ramon Mitra und Aquino Pimentel noch nicht in Korruptionsprozesse verwickelt gewesen.

vgl.: PDI 10.7.91

Friedensgespräche angeboten

Präsidentin Aquino hat der Rebellen der New Peoples Army (NPA) Friedensgespräche ohne Vorbedingungen angeboten. Damit will die Regierung zum zweiten Mal nach 1986 versuchen, am Verhandlungstisch das Problem des Bürgerkrieges zu lösen.

vgl. FR 2.7.91

Menschenrechte

In einem 50 Seiten starken Bericht hat Amnesty International darauf hingewiesen, daß weiterhin von Seiten der Regierung und regierungsnaher Organisationen systematisch Menschenrechtsverletzungen begangen würden. Die Angriffe würden sich vor allem gegen organisierte Arbeiter richten.

In dem Bericht wird betont, daß die in der philippinischen Verfassung verankerten Rechte der Arbeiter auf gewerkschaftliche Aktivitäten ständig mißachtet würden. Hauptziele der Verfolgung seien die Kilusan Mayo Uno (KMU) und die National Federation of Sugar Workers (NFSW). Den Organisationen wird von Seiten der Regierung vorgeworfen, sie seien kommunistische Frontorganisationen. Nach dem Bericht von Amnesty International würden Mitglieder der Gewerkschaften Ziel von Exekutionen, Verhaftungen, Folter und Entführungen.

vgl. PDI 6., 15., 19.6., DG 2., 3., 15., 23.29.30.6.91

Regisseur Brocka tot

Der wegen seiner enthüllenden Gesellschaftskritik vom Establishment gefürchtete Filmregisseur Lino Brocka ist bei einem Autounfall in Manila ums Leben gekommen.

vgl. NM v. 12.6.91

Honasan signalisiert Gesprächsbereitschaft

Colonel Gregorio Gringo Honasan und der ehemalige Marine-Kommandeur Domingo Calajate haben ihre Gesprächsbereitschaft mit der Regierung signalisiert. Beide Offiziere waren führend am blutigen Aufstand gegen die Regierung Aquino im Dezember 1989 beteiligt. Honasan und Calajate betonten jedoch, daß sie sich nicht ergeben wollten.

vgl. NC 15.5.91

Zustimmung zur Politik Aquinos

42 Prozent der philippinischen Bevölkerung empfinden ihre Lebensbedingungen heute schlechter als noch vor einem Jahr. Die geht aus einer Untersuchung der Ateneo Universität in Manila hervor. 30 Prozent glauben nicht, daß sich in der nächsten Zukunft etwas an ihrer Situation ändern wird. Gleichzeitig zeigte sich aber mehr als jeder zweite zufrieden mit der Politik von Präsidentin Aquino, nur 31 Prozent lehnten sie ab.

vgl. DG 27.6.91

NPA-Führer verhaftet

Fünf führende NPA-Mitglieder wurden im Juli und August in Manila verhaftet. Im Makati Medical Center gelang es am

6. August einer Spezialeinheit, den Chef der New Peoples Army (NPA) Romuldo Kintanar zu verhaften. Kintanar hielt sich zusammen mit seiner Frau Gloria Jopson in der Klinik auf, um sich wegen Bluthochdruck behandeln zu lassen.

Bereits am 28. Juli setzten Sicherheitskräfte Rolando Abiong, Virgilio Maceda und Antonio Lacaba fest. Ihnen wird vorgeworfen, am Mordanschlag auf den amerikanischen Offizier James Rowe im April 1989 beteiligt gewesen zu sein. Zwei Tage später wurde der politische Direktor des NPA Generalkommandos, Ray Claro Cassambre festgenommen.

vgl. FEER 8.8., 15.8.91



aus: FEER v. 6.12.90, S. 56